

Landtags-CDU ändert den Kurs

Bildung Die Fraktion will die Grundschulempfehlung nicht wieder einführen. Die SPD jubelt.

Die CDU-Fraktion will die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch Grün-Rot nicht rückgängig machen. Man wolle sie bei einer Regierungsübernahme nach der Landtagswahl 2016 nicht wieder einführen, sagte CDU-Fraktionschef Peter Hauk dem „Staatsanzeiger“. „Wir können nicht einerseits Erziehungsrechte für Eltern einfordern und andererseits (...) die Eltern aus der Verantwortung entlassen und ihnen vorschreiben, auf welche Schule sie ihr Kind schicken müssen“, sagte Hauk.

Die grün-rote Landesregierung hatte die verbindliche Grundschulempfehlung als eines ihrer ersten Projekte nach der Regierungsübernahme abgeschafft – gegen teils erbitterten Widerstand der CDU. Früher lag die Entscheidung darüber, auf welche weiterführende Schule ein Kind nach der Grundschule wechselt, in erster Linie bei den Lehrern. Jetzt geben diese zwar noch eine Empfehlung ab – das Sagen haben letztlich aber allein die Eltern.

Politik müsse gewährleisten, „dass Freiheit in Selbstbestimmung und in Verantwortung gewahrt wird“, sagte Hauk auch mit Blick auf einen Wertekompass, den die Fraktion an diesem Montag präsentieren möchte. Der Kompass soll die Werte formulieren, an denen die Fraktion ihre Politik ausrichten will. „Wir haben den Versuch unternommen, nicht tagespolitisch, sondern grundlegend zu formulieren, was CDU-Politik und vor allem das C für uns ausmacht.“ Die Entscheidung zur Grundschulempfehlung sei ein Beispiel, wie sich das auf die Praxis auswirken könne.

Die SPD frohlockt, schließlich habe die CDU-Fraktion „eine zentrale Reform von Grün-Rot“ anerkannt, wie Bildungsexperte Stefan Fulst-Blei mitteilte. Er mutmaßt: „Die Union wird sich mit Sicherheit weiter bewegen. Bald wird die Anerkennung der Gemeinschaftsschule folgen.“ dpa

EU-Kommission

Oettinger zieht es nicht ins Land

Der frühere Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) will nicht zurück in die Landespolitik. „Wenn ich rausgehe aus der Kommission, werde ich gern im Ausland eine neue Aufgabe in der Privatwirtschaft suchen. Das hängt vom Ergebnis der Europawahl ab.“ Das sagte Oettinger der „Zeit“. Am liebsten würde er aber weitermachen.

Oettinger ist seit 2010 in Brüssel für Energiepolitik zuständig. Jedes Mitgliedsland stellt einen EU-Kommissar. Der Präsident des EU-Parlamentes und SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz möchte nach der Europawahl Kommissionspräsident werden. Damit wäre das deutsche Kontingent erschöpft. Wie realistisch dieser Plan ist, ist fraglich. Derzeit stellen Sozialdemokraten, Linke und Grüne im EU-Parlament nur ein Drittel der Abgeordneten. StZ

Kritik am Deal eint das Gremium

EnBW-Ausschuss Nach zwei Jahren Arbeit ist der Aktienrückkauf gründlich durchleuchtet. Doch in der Bewertung des damals bezahlten Kaufpreises gehen die Meinungen nach wie vor auseinander.

Hat der frühere Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) zu viel für die Anteile am Karlsruher Energieversorger EnBW ausgegeben? Auch gegen Ende des EnBW-Untersuchungsausschusses liegen die Positionen der Fraktionen zu dieser Frage weit auseinander. „Herr Mappus hat nicht wie ein ehrbarer Kaufmann gehandelt, der erst eine Unternehmensbewertung macht, bevor er in Verhandlungen geht“, sagte SPD-Obmann Sascha Binder nach der letzten öffentlichen Sitzung des Gremiums am Freitag.

Nach Überzeugung von Grün-Rot hat Mappus der französischen EdF mit 4,7 Milliarden Euro rund 824 Millionen Euro zu viel und damit einen politischen Preis bezahlt, um sich vor der Landtagswahl 2011 mit dem Coup zu brüsten. Das Geld forderte die Koalition vor dem internationalen Schiedsgerichtshof ICC von der EdF zurück. Dagegen sahen die Obleute von CDU und FDP, Alexander Throm und Andreas Glück, die Preis-Frage nach zwei Jahren Arbeit noch als ungeklärt an. Sie schlossen sich aber in der Kritik der Regierungskoalition am Ablauf der Transaktion an.

Eine gemeinsame Bewertung der Ergebnisse des Ausschusses ist dennoch höchst unwahrscheinlich. Die Beweisaufnahme war am Freitag mit der Befragung von Ex-EnBW-Chef Hans-Peter Villis abgeschlossen worden. Mappus hatte Ende 2010 quasi im Alleingang den Deal abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn und seinen damaligen Finanzberater und früheren Chef der Investmentbank Morgan Stanley, Dirk Notheis, wegen des Verdachts der Untreue beziehungsweise der Beihilfe dazu.

Throm sagte: „Die Art und Weise, wie das Aktiengeschäft eingefädelt und abgewickelt wurde, ist nicht nachvollziehbar und in einer parlamentarischen Demokratie nicht akzeptabel.“ So habe Mappus nicht nur den Landtag, sondern auch die eigene Ministerialbürokratie nicht einbezogen. Glück sprach von der Selbstherrlichkeit, mit der Mappus die Milliarden-Transaktion durchgezogen habe.

Beim Komplex des angemessenen Preises sieht der Liberale aber die Koalition in Bedrängnis: „Die ICC-Schiedsklage befindet sich in freiem Fall.“ Denn das von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Gutachten zum Kaufpreis des Münchner Finanzwissenschaftlers Wolfgang Ballwieser habe wegen Mängeln die Position nicht untermauern können. Der Grünen-Obmann Uli Sckerl konterte, die Klage des Landes habe die Anfangshürde bereits genommen und sei nicht wegen Unbegründetheit abgelehnt worden. Sckerl wertete den Ausschuss als einen der erfolgreichsten in der deutschen Nachkriegsgeschichte. „Wir können gemeinsam stolz sein auf die Aufklärungsleistung“, betonte er.

Villis bekräftigte vor dem Ausschuss, Mappus habe nicht zu viel für die Anteile



Seiner Ansicht nach hat Stefan Mappus den Rückkauf der EnBW-Aktien nicht zu teuer bezahlt: der frühere EnBW-Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Villis im Ausschuss Foto: dpa

EIN NEUER JOB FÜR MAPPUS-BERATER DIRK NOTHEIS

Wechsel Der über die EnBW-Affäre gestürzte Ex-Investmentbanker Dirk Notheis berät künftig die österreichische Regierung bei der Abwicklung der Krisenbank Hypo Alpe Adria. Der frühere Deutschland-Chef von Morgan Stanley werde Mitglied eines internationalen Expertengremiums, das die Regierung unterstütze, bestätigte ein Sprecher des Finanzministeriums in Wien. Dabei dürfte es insbesondere um kapitalmarktrelevante Fragen gehen, wie etwa die Folgen der Krise für die Emissionstätigkeit der Alpenrepublik. Österreich hat bereits einige Berater engagiert, die Optionen für die Hypo Alpe Adria ausloten sollen.



Notheis berät in Österreich. Foto: dpa

Ermittlungen Notheis war vor anderthalb Jahren wegen der Affäre um die Verstaatlichung des deutschen Energieversorgers EnBW zurückgetreten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den 45-Jährigen wegen Beihilfe zur Untreue. Er weist den Vorwurf zurück. Notheis beriet den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus bei dem Ende 2010 ausgehandelten Rückkauf der

EnBW-Anteile vom französischen Energiekonzern EdF. Die Staatsanwaltschaft untersucht, ob der Regierungschef zu viel bezahlt und dem Land damit geschadet hat. In Österreich hatte Notheis 2007 als Berater eine wichtige Rolle beim Verkauf der Gewerkschaftsbank Bawag an den Finanzinvestor Cerberus gespielt. In Deutschland hat er unter anderem den Aufbau einer Bad Bank für die WestLB begleitet – ein solches Modell ist derzeit auch bei der Hypo Alpe Adria im Gespräch. 2013 gründete Notheis zusammen mit ehemaligen Top-Managern den Investor Rantum Capital, der sich auf die Finanzierung mittelständischer Firmen spezialisiert hat. rtr

ausgegeben. Der Kaufpreis von 41,50 pro Aktie sei angemessen gewesen. „Aus meiner Sicht war er nachvollziehbar.“ Das Ballwieser-Gutachten, nach dem das Land rund 780 Millionen Euro zu viel zahlte, sei oberflächlich. Ballwieser habe nicht das Gesamtsystem betrachtet, sagte der Ex-Manager, der aber nach eigenen Worten keinen Einblick in die Expertise gehabt hatte. Zugleich rief Villis dazu auf, das Image des drittgrößten deutschen Versor-

gers nicht weiter zu beschädigen. „Das Unternehmen braucht Ruhe.“ Der Diplom-Ökonom ist nach eigenen Worten nicht in den umstrittenen Deal involviert und sehr überrascht gewesen, als Mappus ihn am 6. Dezember kurz nach Mitternacht über die Transaktion unterrichtete. Dies zeigt aus Sicht von Grün-Rot, dass der damalige Regierungschef auf verlässliche Quellen für die Unternehmensbewertung gänzlich verzichtet habe. dpa

Kein Indiz für Falschaussage

S 21-Einsatz Laut Staatsanwalt zeigen Mappus' Mails nicht, dass er die Polizei angetrieben hat.

Die Mails von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) enthalten laut Staatsanwaltschaft keinen Hinweis auf Falschaussagen im Untersuchungsausschuss zum eskalierten Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner im September 2010. Der Verdacht sowohl gegen Mappus selbst als auch gegen andere Zeugen sei zumindest durch die sichergestellten Mails nicht zu begründen, berichtete die Staatsanwaltschaft in Stuttgart.

Mappus hatte im Ausschuss versichert, es habe Ende September 2010 keine Anweisungen an die Polizei für einen harten Einsatz gegen die Stuttgart-21-Gegner gegeben. Die Entscheidung über Zeit, Taktik und vor allem auch die Einsatzmittel habe allein der Polizei obliegen. Bei einem Besuch im Polizeipräsidium habe er den Beamten lediglich „moralisch Rückendeckung“ geben wollen. Dies wird bezweifelt.

Am „Schwarzen Donnerstag“ wurden bei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Gegnern des Tiefbahnhofs Stuttgart 21 auf dem Baufeld im Schlossgarten mehr als 100 Menschen verletzt. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein.

Mappus war wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage angezeigt worden. Laut Staatsanwaltschaft wurden bei Mappus sichergestellte Mails zum Polizeieinsatz mit den Wortprotokollen der Aussagen der Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags verglichen. „Bei der vorgenommenen Überprüfung wurden keine Anhaltspunkte festgestellt, die einen Verdacht einer Falschaussage begründen“, sagte Sprecherin Claudia Krauth. dpa

Verfassungsschutz

Gall nimmt Abstand von Zentralisierung

Innenminister Reinhold Gall (SPD) ist in der Frage einer Abgabe von Aufgaben des Verfassungsschutzes an den Bund zurückgerudert. In der Antwort des Ministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der CDU, die der dpa vorlag, heißt es, bei einer Zentralisierung „ergäben sich voraussichtlich Nachteile bei der alltäglichen Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei“. Zudem wird vor dem Verlust wichtiger örtlicher Erkenntnisse gewarnt. Das Innenressort erklärte deshalb, es sei nicht geplant, dem Bund und den anderen Ländern eine Übertragung von Kompetenzen vorzuschlagen. dpa

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 20

BRILLE ZUM NULLTARIF

Die Nulltarif-Versicherung von Fielmann und der HanseMercur: Für 10,- € Prämie pro Jahr sofort eine Brille aus der neuen Collection. Mit Einstärkengläsern von Carl Zeiss Vision. Drei Jahre Garantie. Und alle zwei Jahre eine neue Brille, kostenlos.

Jederzeit Ersatz bei Beschädigung oder Sehstärkenveränderung ab 0,5 Dioptrien. Brille: Fielmann.

Fielmann
www.fielmann.com